

AMBULANTE BEHANDLUNG

Couchepins Sorgenkind im Spital

Im ambulanten Spitalbereich wachsen die Kosten rasant. Ein Grund: Operationen und Behandlungen werden vermehrt ambulant statt stationär durchgeführt. Laut Bundesrat Couchepin sind aber auch falsche Anreize schuld.

Für die Probleme im Gesundheitswesen hat Bundesrat Pascal Couchepin vor allem einen Sündenbock gefunden: «Will man wirklich gegen die Kostenexplosion vorgehen, sind kritische Fragen zum Spitalambulatorium nötig», sagte er diese Woche im Nationalrat. Das grosse Sorgenkind sind also ambulante Behandlungen im Spital, sei das nun eine Operation des grauen Stars, bei der man gleichentags wieder nach Hause kann, sei es eine Kontrolle nach einer Operation, eine ambulante Chemotherapie oder aber die Behandlung auf der Notfallstation bei leichten Verletzungen. Couchepin rechnete vor: Im Schnitt koste der erste Besuch bei einem Hausarzt inklusive Medikamenten 150 Franken. Lasse man sich aber von einem Arzt im Spital ambulant behandeln, koste dies im Schnitt 350 Franken.

Im Spital wirds teurer

Die Statistiken geben Couchepin Recht. Die Kosten für ambulante Spitalbehandlungen steigen seit Jahren weit überdurchschnittlich und machen mehr als 15 Prozent der Gesamtkosten in der Grundversicherung aus. Auch der Krankenkassendachverband Santésuisse schlägt Alarm: Gleiche Behandlungen seien auf Grund unterschiedlicher Tarife im Spital in der Regel teurer als beim Hausarzt. Zudem lade die gute Infrastruktur im Spital zu unnötigen Untersuchungen ein. Auch arbeiteten in Spitälern oft jüngere, weniger erfahrene Ärzte, welche im Zweifelsfall lieber eine Untersuchung zu viel durchführten. Könne das Kostenwachstum im ambulanten Spitalbereich auf das allgemeine Wachstum gesenkt werden, spare man jährlich 120 Millionen Franken, was eine Reduktion des Prämienanstiegs um 1,2 Prozent bedeute.

Doch so einfach ist es nicht. Er verstehe nicht, wieso ambulante Behandlungen als Sündenbock herhalten müssten, sagt der Direktor des Spitalverbands H+, Bernhard Wegmüller. Schliesslich fordere die Politik seit Jahren ambulante statt stationäre Behandlungen, weil sie billiger sind. Diese Entwicklung sei nun dank Fortschritten in der Medizin im Gange. Die Kostenzunahme im ambulanten Bereich beruhe ausschliesslich auf der gestiegenen Nachfrage, die Behandlungen seien nicht teurer geworden. Hinzu komme, dass es bei vielen Operationen sinnvoll sei, wenn die Nachbetreuung nicht der Hausarzt, sondern der operierende Arzt übernehme. Als weiteren Punkt nennt Wegmüller die Notfallversorgung. Immer mehr Leute hätten keinen Hausarzt und gingen deshalb direkt ins Spital. Die Spitäler dürften Patienten in der Notfallstation nicht abweisen. Zwischen 2004 und 2008 sei die Anzahl der

Notfalleintritte um 20,8 Prozent gestiegen. Viele Spitäler haben reagiert und die Notfallstationen gemeinsam mit Hausärzten organisiert, so etwa Burgdorf oder Langenthal.

«Kantone handeln nicht»

Santésuisse widerspricht nicht, dass ein Teil der Kostensteigerung logisch und wegen der Verlagerung von der stationären zur ambulanten Behandlung sogar gewünscht ist. Doch sei aus den Kosten nicht herauszulesen, welcher Anteil auf diese Verlagerung zurückgehe und welchen Teil der Behandlungen ein Hausarzt günstiger übernehmen könnte. Für Couchepin ist nicht die Verlagerung das Problem. Es habe vielmehr ein Umdenken stattgefunden: Die Spitäler – diese gehörten vielfach den Kantonen, machte er deutlich – seien offenbar interessiert an ambulanten Behandlungen. Zumindest unternähmen sie nichts gegen die Mengenausweitung.

Dass die Kantone nicht überaus aktiv sind, ist erklärbar. Denn anders als bei stationären Behandlungen zahlen sie an die ambulanten nichts. Die Verlagerung von der stationären zur ambulanten Behandlung ist also auch eine Verlagerung vom Steuer- zum Prämienzahler. Auch Santésuisse kritisiert die Kantone: Sie nähmen ihre Steuerungskompetenz im ambulanten Spitalbereich nicht wahr. Semya Ayoubi von der Gesundheitsdirektorenkonferenz wendet ein: «Die Kantone können nicht eingreifen.» Dazu fehle heute die gesetzliche Grundlage.

Parlament greift ein

Das wiederum lässt Couchepin nicht gelten. Er kenne die Regierungsräte und wisse, dass sie Mittel und Wege zur Steuerung finden würden, wenn sie nur wollten. Er handelt trotzdem. Noch in dieser Session schlägt er dem Parlament vor, den Kantonen mehr Kontrollmöglichkeiten zu geben. Der Nationalrat will zudem für Spezialisten im ambulanten Spitalbereich eine Zulassungsbeschränkung einführen. Denn bisher konnten Ärzte, die keine Praxisbewilligung erhielten, in den Spitälern Unterschlupf finden. Wie diese Zulassungsbeschränkung konkret umgesetzt werden soll, ist allerdings noch unklar.

Santésuisse fordert weiter eine Erhöhung des Selbstbehaltes im Spitalambulatorium von 10 auf 20 Prozent. Zudem schlägt der Verband vor, dass von den Patienten bei jeder Konsultation im ambulanten Spitalbereich eine Gebühr verlangt wird. Und schliesslich sollen für ambulante Leistungen im Spital und in der Arztpraxis die gleichen Preise gelten, was zu Kosteneinsparungen von bis zu 100 Millionen Franken führen könne. **Brigitte Walser**



© Berner Zeitung